

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 10.05.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
Herr Stadtrat Sebastian Fritz
Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
Frau Stadträtin Nadine Molinari
Frau Stadträtin Karin Rauscher
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Brigitte Abele
Herr Stadtrat Benedikt Disam
Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger
Herr Ortsvorsteher Johannes Weiß

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt
Herr René Bantel
Herr Gerhard Hackner
Herr Markus Herrmann
Herr Helmut Ott
Herr Michael Schaumann
Frau Carmen Seifert
Frau Franka Zanek

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle
Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt
Frau Stadträtin Elena Risel
Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

sozial.ökologisch.links.

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Alexander Hamler

Tagesordnung

=====

- 1** Bürgerfragestunde
- 2** Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats
hier: Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses bei der Fraktion sozial.ökologisch.links
- 3** Ersterfassung und Bewertung des Sachanlagevermögens für die Eröffnungsbilanz 01.01.2020 der Stadt
- Sachstandsbericht
- 4** Fortsetzung der LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Schwäbisch Gmünd
- Doppelhaushalte 2022/2023 und 2024/2025
Maßnahme 10 – Maßnahmenkatalog GMÜND FÜR MORGEN
- 5** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 1351 H IV "Solarpark Mutlanger Heide Erweiterung mit einem optionalen Batteriespeicher", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Einleitungsbeschluss
- 6** Solarkataster für denkmalgeschützte Gesamtanlagen Altstadt Schwäbisch Gmünd
- 7** Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige
- Kindergartenjahr 2023/2024
- 8** Investitionskostenzuspruch zur Gründung eines Kindergartens Schirenhof in Schwäbisch Gmünd, Schirenhof 2
- 9** Investitionskostenzuspruch zum Teilabbruch des vorhandenen Gebäudes und zum Neubau des Waldorfkinder Gartens in Schwäbisch Gmünd-Großdeinbach
- 10** Investitionskostenzuspruch zur Erweiterung einer zweiten Gruppe des Jurtenkindergartens am Nepperberg
- 11** Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd
Generalsanierung
Elektroinstallation/Digitalisierung
Baubeschluss
Beauftragung Architekt und Fachplaner
- 12** Die Gmünder Wohnraumoffensive - Verlängerung ab 2024
- 13** Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 132 G "Wohnen am Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd

- 14** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Satzungsbeschluss
- 15** Vergabebeschluss Neu- und Umgestaltung des Altstadtquartiers Schattentheaterplatz, Mohrengäble und Freudental – Landschaftsbauarbeiten
- 16** Umbau und Sanierung der bestehenden Regenwasserbehandlungsanlagen im Rotenbachtal im Zuge der Äußeren Erschließung des Baugebietes „Holder II“ - Vergabebeschluss -
- 17** 1. Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis März 2023
- 18** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 19** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 20** Bekanntgaben
- 20.1** Eröffnung Ortsdurchfahrt Hussenhofen
- 20.2** Wiedereröffnung Schießtalsee
- 21** Anfragen
- 21.1** ADFC-Umfrage
- 21.2** Grüne Urbanität
- 21.3** Schmiedgassen
- 21.4** Einleitung des Lützelbaches in den Mühlbach
- 21.5** Beleuchtung Tennisplatz Bettringen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Bürgerfragestunde

Protokoll:

Herr Slonek (Bürger) führt aus, dass die Anwohner in der Asylstraße sehr belastet seien. Zum einen durch die Kneipe „Abwärts“, die Randalen und die Messerstecherei, zum anderen durch den Verkehr.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Anliegen der Stadt bekannt sei, man habe es mehrmals beraten. Man habe mit dem Betreiber des Abwärts auch schon Maßnahmen in die Wege geleitet, man müsse nun nochmals nachsteuern.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass sich die Lärmproblematik künftig noch verstärken werde.

Stadtrat Majohr/FDP/FW bedankt sich für die Meinung. Man solle nicht mit allgemeinen Sätzen zufriedenstellen, sondern Herrn Slonek einbinden und eine Änderung herbeiführen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es nicht einfach von oben nach unten durchführen könne. Manche Maßnahmen hätten gewirkt, man müsse nun aber nachsteuern. Man bleibe mit Herrn Slonek in Kontakt.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass es dort, wo sich junge Menschen treffen, lauter sei. Der Gastronom könne nichts dafür, wenn die Ruhestörung danach fortgeführt werde. Er regt an, dass der Kommunale Ordnungsdienst oder die Polizei öfters vorbeischauen. Die Probleme habe man überall, in der Innenstadt sei viel los. Viele würden sich nicht benehmen. Es sei schwierig, eine lebhaftere Innenstadt ohne Nebenwirkungen zu haben. Daher müsse man schauen, wie man beide Seiten zusammenführe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Ziel ein gutes Miteinander sein müsse. Man müsse auch an die jungen Menschen denken. Das Thema mit dem Verkehr werde man nochmals prüfen.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man keine 100%-Lösung schaffe. Den Verkehr müsse man aber anschauen. Stuttgart sperre einige Straßen ab 22 Uhr. Man müsse versuchen, es zu verbessern. Die jungen Menschen müssten irgendwo hingehen können, mehr Angebote würden auch zu einer besseren Verteilung führen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD regt an, die Überfahrt von der Bocksgasse zur Asylstraße zu schließen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man über eine lebenswerte Altstadt diskutiere. Ein wichtiger Punkt davon sei, das Wohnen in der Altstadt zu stärken. Dies sei auch an anderen Stellen in der Stadt ein Problem. Er halte den Vorschlag für sinnvoll, Straßen zu sperren.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals, dass man den jungen Leuten etwas bieten müsse.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. stimmt Oberbürgermeister Arnold zu. Man müsse sowohl für Jung als auch für Alt etwas bieten. Die Frage sei, was man machen könne, um eine Ausgekkultur zu schaffen, die respektvoll mit den in der Innenstadt lebenden Menschen umgehe. Eine Sperrung von Straßen bringe nichts, da es v.a. Fußgänger seien.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Anregungen. Man werde es prüfen. Der KOD werde Verkehrskontrollen durchführen und Herrn Slonek einbeziehen. Wichtig sei, dass die Stadt gegenüber jungen Leuten offen sei, eine Ausgekkultur sei sehr wichtig.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW betont, dass sich eine Aufenthaltsqualität und eine Ausgekkultur nicht gegenseitig ausschließen würden. Man brauche eine Ausgekkultur, aber auch die Einhaltung der Regeln.

Stadtrat Bucher/SPD findet ebenfalls, dass es nichts bringe, den Verkehr herauszulassen. Damit strafe man wieder andere. Man müsse daher an die Randalierer herantreten.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass er vor zwei Jahren ebenfalls betroffen gewesen sei, es sei eine Bierflasche gegen sein Auto geworfen worden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass in der letzten Sitzung des Jugendgemeinderats thematisiert worden sei, dass es zu wenig Ausgekkmöglichkeiten für junge Menschen gebe und ein Club gefordert werde. Die Stadt solle dies auch umsetzen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Stadt keinen Club alleine eröffnen könne.

Im Anschluss bittet Oberbürgermeister Arnold den zweiten Bürger um Vortrag seines Anliegens.

Herr Gruber (Bürger) erläutert, dass er von der Baugruppe Schwäbisch Gmünd sei und weist darauf hin, dass weitere Mitglieder der Baugruppe anwesend seien. Das Ziel der Baugruppe sei ein zentrumsnahes Grundstück. Man habe das Gleispark-Areal im Blick und habe hierzu bisher keine Antwort von der Stadt erhalten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man der Baugruppe in der Vergangenheit bereits städtische Grundstücke zur Verfügung gestellt habe. Er weist darauf hin, dass es auch noch andere Baugruppen und private Bauherren gebe. Die Stadt tue ihr Bestes. Beim Gleispark müsse man die weitere Entwicklung abwarten, Wohnen sei dort aktuell nicht möglich. Ein Grundstück im Taubental sei in Prüfung, dieses gehöre ei-

nem privaten Eigentümer und würde alle Voraussetzungen erfüllen.

Eine Interessentin der Baugruppe äußert, dass laut der European-Vorstellung im Gleispark ein umfassendes Stadttor-Projekt gebaut werden solle. Man wolle dort Wohnen, Arbeiten und Lebens insgesamt mit öffentlichen Anlagen und Begrünung verwirklichen. Sie verstehe daher die Aussage nicht, dass Wohnen nicht geplant sei.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es momentan nicht möglich sei, dort eine Wohnbebauung vorzusehen. Man müsse es in einem größeren Kontext betrachten, man sei beispielsweise auch mit Firmen im Gespräch, die für ihre Mitarbeiter Wohnraum erstellen wollen.

Die Bürgerin erkundigt sich, ob es ein Zeitfenster gebe, bis wann die Planung fertig sein könne.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies.

Die Bürgerin äußert, dass der Gleispark barrierefrei sei, das Taubental liege am Hang.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man es auf sich zukommen lassen solle. Es sei besser, man habe nicht nur eine Variante. Dies gelte auch für andere Gebiete. Nur weil man eine Baugruppe sei, habe man keinen privilegierten Zugang zu Grundstücken. Der Gemeinderat sei gerne behilflich. Damit es sich realisieren lasse, habe er das private Grundstück ins Spiel gebracht. Wenn es dort gelinge, stehe doch gar nichts im Wege.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Anfrage. Die Fallzahl der Baugruppen im Vergleich zum gesamten mehrstöckigen Wohnungsbau sei eher gering. Wenn man städtische Planungen habe, müsse man es mit den Baugruppen besprechen. Die Suche der Baugruppe gehe ja schon relativ lange.

Stadtrat Baumhauer/CDU erkundigt sich, wo man in Schwäbisch Gmünd gesagt habe, dass ein Investor anstelle der Baugruppe ein Grundstück bekomme. Ihm sei kein solcher Fall bekannt, er bittet daher um eine Konkretisierung.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen stimmt Stadtrat Baumhauer zu, es habe nicht so viele Baugrundstücke gegeben. Auf dem Hardt sei die Baugruppe berücksichtigt worden. Beim Gleispark gebe es keine Zeitplanung. Es wäre daher sinnvoll, die Baugruppe in die Planung mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Gemeinderat abwägen müsse, welchen Weg man gehen wolle. Aktuell sei der Gleispark ein Gewerbegebiet. Auf dem Hardt habe es auch andere Interessenten gegeben, man habe sich bewusst für die Baugruppe entschieden und nicht für andere Investoren. Er würde sich freuen, wenn die Baugruppe es schaffe, auf ein privates Grundstück zu gehen. Dies habe es bisher nicht gegeben und dies wäre auch ein wichtiges Signal.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass der Gemeinderat nicht festgeschrieben habe, dass es nur für Gewerbe möglich sei.

Herr Hackner führt aus, dass es nach aktuellem Planungsrecht ein Gewerbegebiet sei. Für das westliche Stadttor habe der Gemeinderat nach dem European-Wettbewerb ein Büro beauftragt, einen Entwurf für einen städtebaulichen Vertrag zu machen. Dieser solle in einen Bebauungsplan münden.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wann die Planungen in den Gemeinderat kommen würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es vorstellen werde, sobald es präsentabel sei.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, um welches Grundstück es sich im Taubental handle. Man könne den Baugruppen nicht mehr Rechte einräumen als privaten Eigentümern. Wenn jeder Anfragen an die Verwaltung in Bezug auf freie Baugrundstücke stellen könne, führe dies zu einem sehr hohen Aufwand, es sei daher aus seiner Sicht nicht praktikabel. Die Baugruppe müsse Eigeninitiative ergreifen und die Stadt so weit wie möglich unterstützen.

Stadtrat Bläse/CDU fasst die Anfrage als Bewerbung auf. Er sei überrascht gewesen, dass die Baugruppe am Gleispark bauen wolle. Man sei Befürworter einer Baugruppe, die Stadt unterstütze gerne. Man könne aber nicht sagen, man wolle auf den Gleispark und fertig. Es sei momentan in Planung und man müsse das Gesamtareal sehen. Wenn es reinpasse, dann sehr gerne. Man könne aber nicht sagen, wann es umgesetzt werde. Daher helfe es momentan nichts. Die Baugruppe müsse daher selbst aktiv werden und nach geeigneten Grundstücken schauen.

Stadtrat Preiß/CDU betont, dass man für eine Wohnbebauung eine Änderung des Bebauungsplans benötige. Eine Änderung dauere mindestens ein Jahr. Auf dem Hardt habe die Baugruppe bauen können.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Hardt sehr wichtig gewesen sei. Der erste Schritt sei getan, er sei auf die Eigentümer im Taubental zugegangen.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man bereits im nichtöffentlichen Teil darüber gesprochen habe. Es sei ein Problem der Kommunikation. Dass das Taubental im Raum stehe, habe noch nicht im Raum gestanden. Es hätte früher an die Baugruppe kommuniziert werden können.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es sich um ein privates Grundstück handle, es obliege damit der Baugruppe selbst. Da die Baugruppe mit den privaten Eigentümern nicht weitergekommen sei, brauche es wohl Befürworter von offizieller Stelle. Man sei aktuell noch nicht so weit, dass man den Gemeinderat einschalten könne.

Herr Gruber führt aus, dass man es in der Baugruppe diskutiert habe, wo das Grundstück liegen solle. Wichtig sei, dass es möglichst in der Stadt liege und nicht in einem Stadtteil. Man benötige eine mehrgeschossige Bebauung, das Taubental halte er daher für schwierig.

Herr Bantel antwortet, dass man dies zu gegebener Zeit dann prüfen müsse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats
hier: Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses bei der Fraktion sozial.ökologisch.links
Vorlage: 087/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der geänderten Besetzungsliste (siehe Anlage) zu.

zu 3 Ersterfassung und Bewertung des Sachanlagevermögens für die
Eröffnungsbilanz 01.01.2020 der Stadt
- Sachstandsbericht
Vorlage: 085/2023

Protokoll:

Herr Rödel und Herr Bantel stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich, wie die Bäder berücksichtigt seien. Die Eröffnungsbilanz sei für das Jahr 2020, mittlerweile seien drei Jahre vergangen. Er erkundigt sich, wie dies in den Jahresabschluss führe.

Herr Rödel äußert, dass der Anteil der Stadt an den Bäderbetrieben prozentual beim Eigenkapital als Beteiligungen ausgegeben werde.

Herr Bantel antwortet, dass man beim Jahresabschluss gut aufgestellt sei.

Stadträtin Heusel/SPD schlägt vor, zwei Personen intern in die Kämmerei zu versetzen, um die Kämmerei zu unterstützen.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. betont, dass man seit vielen Jahren, spätestens seit 2015, wisse, dass diese Aufgabe auf einen zukomme. Erst 2021 sei das Büro beauftragt worden. Die Eröffnungsbilanz hätte zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegen müssen. Solange die Eröffnungsbilanz nicht vorliege, gebe es keine Jahresabschlüsse. Es sei Aufgabe des Gemeinderats, die Jahresabschlüsse zu kontrollieren. Seither seien diese schon verspätet erstellt worden, künftig werde es dann noch später werden. Viele Gemeinden in Baden-Württemberg hätten die Umstellung auch gemeistert. Die Verspätung sei keine Kleinigkeit.

Herr Bantel antwortet, dass man den Gemeinderat über den aktuellen Stand der Finanzen immer unterrichtet habe, dieser sei daher gut informiert über die finanzielle Situation der Stadt. Man arbeite konsequent und kontinuierlich an den Jahresabschlüssen weiter. Der Jahresabschluss 2020 sei weitestgehend fertiggestellt.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. betont, dass die Zwischenberichte im Gegensatz zum Jahresabschluss nicht geprüft werden. Dies sei wichtig, da im Gemeinderat keine Fachexpertise vorhanden sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es keine akademische Übung sei. Man sei in der realen Welt. Man müsse alle mitnehmen, dieser Aufgabe werde man gerecht.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass man einer der letzten Kommunen gewesen sei, die umgestellt hätten. Man habe in dieser Zeit viele Großprojekte gehabt. Wenn man bedenke, dass das Land Baden-Württemberg den Landeshaushalt noch in der Kameralistik mache, aber den Kommunen NKHR auf das Auge drücke, sei dies nicht gerecht. Sie erkundigt sich, wie viele Objekte man mit einem Euro Wert habe.

Herr Rödel antwortet, dass man die Bilanz jederzeit ansehen könne. Was sich hinter den einzelnen Beträgen verberge, könne man an den Listen sehen. Die Straßen, die abgeschrieben seien, seien nicht mehr besonders werthaltig. Man müsse jedoch darauf achten, wovon man rede. Die Bilanz sei kaufmännisch erstellt, der Wiederveräußerungswert könne auch im Millionenbereich liegen. Man müsse auch berücksichtigen, dass eine Kommune etwas zur Verfügung stellen müsse. Man könne ein Hallenbad beispielsweise auch schließen, dies sei günstiger. So dürfe eine Kommune jedoch nicht denken.

Oberbürgermeister Arnold pflichtet dem bei. Das Hallenbad zu schließen wäre deutlich günstiger, als es weiter zu erhalten. Dies sei jedoch nicht richtig.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste und Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedanken sich für die Informationen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Fortsetzung der LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Schwäbisch Gmünd
- Doppelhaushalte 2022/2023 und 2024/2025
Maßnahme 10 – Maßnahmenkatalog GMÜND FÜR MORGEN
Vorlage: 088/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den in Anlage 1 dargestellten Umrüstungsmaßnahmen der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im Jahr 2022 mit voraussichtlichen Gesamtkosten von rd. 554.000 € zu.
2. Zur Umsetzung der Maßnahmen des Jahres 2022 wird einer über- / außerplanmäßigen Mittelbereitstellung von ca. 410.030 € im Ergebnishaushalt und rd. 79.000 € im Finanzhaushalt sowie den zur Finanzierung im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erforderlichen Mittelumschichtungen, wie im Sachverhalt dargestellt, zugestimmt. Da die 2022 begonnenen Maßnahmen teilweise erst im Jahr 2023 zur Ausführung kommen, werden Mittel in Höhe von rd. 314.060 € im Ergebnishaushalt und 123.915 € im Finanzhaushalt als Ermächtigungsübertragung gemäß § 21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.
3. Der Gemeinderat stimmt den in Anlage 1 dargestellten Umrüstungsmaßnahmen der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im Jahr 2023 mit voraussichtlichen Gesamtkosten von rd. 1.001.000 € zu.
4. Zur Umsetzung der Maßnahmen des Jahres 2023 wird einer über- / außerplanmäßige Mittelbereitstellung von ca. 620.000 € im Ergebnishaushalt und von rd. 210.000 € im Finanzhaushalt sowie den zur Finanzierung im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt erforderlichen Mittelumschichtungen, wie im Sachverhalt dargestellt, zugestimmt.
5. Der vorübergehenden Ersatzbeschaffung von Künstlerleuchten (gelbe Puntilla Leuchten), mit voraussichtlichen Kosten von ca. 65.000 €, für die Beleuchtung am Marktplatz, wird zugestimmt. Die Kosten für die Ersatzteilbeschaffung fallen im Jahr 2023 an.
6. Die in der Anlage 1 dargestellten Maßnahmen der Jahre 2024 und 2025 werden, mit einem Gesamtvolumen von rd. 5,2 Mio. €, in den Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 aufgenommen.

Die Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung aller bzw. einzelner Maßnahmen ist damit noch nicht verbunden. Diese finale Entscheidung obliegt dem

Gemeinderat im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2024/2025 und der damit einhergehenden Gesamtbewertung und Gesamtpriorisierung aller Maßnahmen im städtischen Haushalt.

7. Die Finanzierung der dargestellten Projekte in den DHH 2022/2023 und 2024/2025 soll ohne Drittmittel erfolgen. Vielmehr sollen die entstehenden Kosten weitgehend durch die erzielten Energieeinsparungen refinanziert werden.
8. Zur Umsetzung der Maßnahmen wird die Stadtverwaltung ermächtigt und beauftragt, auf Basis des bestehenden Dienstleistungsvertrages Straßenbeleuchtung, ein entsprechendes Umsetzungsmodell zu marktüblichen Konditionen mit der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH abzuschließen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 1351 H IV "Solarpark Mutlanger Heide Erweiterung mit einem optionalen Batteriespeicher", Gemarkung Schwäbisch Gmünd - Einleitungsbeschluss**
Vorlage: 073/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Für die im Übersichtsplan der Anlage 1 zu dieser Gemeinderatsvorlage abgegrenzte Fläche wird auf Antrag des Vorhabenträgers (Anlage 2) der Einleitung eines Satzungsverfahrens über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1351 H IV „Solarpark Mutlanger Heide Erweiterung mit einem optionalen Batteriespeicher“ zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan umfasst die Flächen des Vorhaben- und Erschließungsplanes des Vorhabenträgers. In der Bearbeitung können Zusatzflächen gemäß § 12 Abs. 4 BauGB aufgenommen werden, wenn diese für die Umsetzung der Planung notwendig werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Solarkataster für denkmalgeschützte Gesamtanlagen Altstadt Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 082/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Das „Solarkataster Altstadt Schwäbisch Gmünd“, bestehend aus dem Textlichen Teil gemäß Anlage 1 sowie aus dem Lageplan gemäß Anlage 2, jeweils vom 24.04.2023, wird als interne Genehmigungsdirektive und zukünftige Genehmigungsgrundlage beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung des Leitfadens notwendigen Schritte einzuleiten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2023/2024
Vorlage: 056/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1.) Die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige für das Kindergar-

tenjahr 2023/2024 wird mit dem unter Punkt 7. aufgeführten Bestand und dessen Weiterentwicklung beschlossen.

- 2.) Die Stadt Schwäbisch Gmünd stellt für den laufenden Betrieb der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten eigene Finanzmittel in Höhe von 15,25 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung (s. Punkt 13.5).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Investitionskostenzuspruch zur Gründung eines Kindergartens Schirenhof in Schwäbisch Gmünd, Schirenhof 2
Vorlage: 059/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kindergarten Schirenhof wird in die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2024/2025 mit 44 Plätzen ab zwei Jahren bis zum Schuleintritt in zwei altersgemischten Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (6 Stunden) zum 01.09.2024 aufgenommen. Dem Betrieb und dessen Finanzierung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt mit dem zukünftigen Träger einen Vertrag zum Betrieb der Kindertageseinrichtung abzuschließen.
2. Der Neubau des neuen Kindergartens Schirenhof durch den Betriebsträger „Lernort Schirenhof gUG“, mit Gesamtkosten in Höhe von 1.800.000,00 € (Anlage 2), wird mit 70 % der Investitionskosten (maximal 1.260.000,00 €) bezuschusst.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Investitionskostenzuspruch zum Teilabbruch des vorhandenen Gebäudes und zum Neubau des Waldorfkinder Gartens in Schwäbisch Gmünd-Großdeinbach
Vorlage: 062/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Teilabbruch des vorhandenen Gebäudes und der Neubau des Waldorfkinder Gartens in der Lachenäckerstraße 10 in 73527 Schwäbisch Gmünd mit Gesamtkosten in Höhe von 1.252.060,00 € wird mit maximal 876.500,00 € bezuschusst.
2. Die zusätzliche Krippengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten (6 Stunden) des Waldorfkinder Gartens wird in die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2024/2025 mit 10 Plätzen für unter Dreijährige aufgenommen.
3. Dem Betrieb der Krippengruppe zum 01.09.2024 sowie deren Finanzierung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt mit dem zukünftigen Träger einen Vertrag zu schließen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Investitionskostenzuspruch zur Erweiterung einer zweiten Gruppe des Jurtenkindergartens am Nepperberg
Vorlage: 078/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die zweite Waldnaturgruppe des Jurtenkindergartens wird in die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2024/2025 mit 20 Plätzen ab drei Jahren bis zum Schuleintritt mit verlängerten Öffnungszeiten (6 Stunden) aufgenommen.
2. Die Errichtung eines weiteren Jurtenhauses für den Jurtenkindergarten am Nepperberg mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 978.000,00 € (Anlage 2) wird mit maximal 685.000,00 € bezuschusst.
3. Dem Betrieb zum 01.05.2024 sowie dessen Finanzierung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt mit dem zukünftigen Träger einen Vertrag zu schließen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 11 **Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd**
Generalsanierung
Elektroinstallation/Digitalisierung
Baubeschluss
Beauftragung Architekt und Fachplaner
Vorlage: 083/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Generalsanierung der Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd mit Gesamtbaukosten in Höhe von 2.418.000,00 €/brutto wird zugestimmt.
2. Die Elektroinstallation/Digitalisierung der Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd mit Gesamtbaukosten in Höhe von 832.000,00 €/brutto wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Architekturbüro sowie für die Fachplanungen die entsprechenden Büros zu beauftragen.

4. Zur Finanzierung der Maßnahme Elektroinstallation/Digitalisierung wird der Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 2110H-0004 in Höhe von 640.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.
5. Der zusätzliche Mittelbedarf wird mit 558.000 € für die Generalsanierung und mit 192.000 € für die Elektroinstallation/Digitalisierung in den Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 aufgenommen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 12 Die Gmünder Wohnraumoffensive - Verlängerung ab 2024
Vorlage: 057/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Gmünder Wohnraumoffensive (GWO) wird ab 2024 mit den notwendigen Finanzressourcen und den bisherigen Angeboten weitergeführt. Für die Haushaltsjahre 2024/2025 werden jährlich 100.000 € in den Haushalt eingestellt.
2. Die Ausführung der GWO liegt bei der Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe im Amt für Familie und Soziales in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtentwicklung, Abteilungen Liegenschaften und Baurecht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50, 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 13 Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 132 G
"Wohnen am Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 090/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (28 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen, 1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Dem Städtebaulichen Vertrag (Stand 17.04.2023) als Grundlage für den Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 132 G „Wohnen am Salvatorpark“ auf Grundlage des Gemeinderatsbeschluss vom 21.12.2022 (GR-Vorlage Nr. 227/2022/1) mit Ergänzung zur Klimaökologische Expertise zum Projekt „Wohngärten im Salvatorpark“ in Schwäbisch Gmünd wird zugestimmt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

- zu 14** **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Satzungsbeschluss**
Vorlage: 074/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (28 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen, 1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 5 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 132 G „Wohnen im Salvatorpark“ werden entsprechend der Anlage 1 als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung mit Anlagen wird in der Fassung der Anlage 4 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 15 Vergabebeschluss Neu- und Umgestaltung des Altstadtquartiers Schattentheaterplatz,
Mohrengäßle und Freudental – Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: 075/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten auf Nachmaß für die Neu- und Umgestaltung des Altstadtquartiers Schattentheaterplatz, Mohrengäßle und Freudental an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH, Aalen, gemäß deren Angebot vom 03.04.2023 in Höhe 276.733,81 € wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten der Maßnahme erhöhen sich mit der Vergabe gegenüber dem Baubeschluss von 270.000 € auf 332.000 €.

2. Zur Finanzierung der Maßnahme werden aus dem aus dem Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 5110S3-003 (Platzgestaltung Bereich Mohrengässle und Keller) Mittel in Höhe von 332.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 16 Umbau und Sanierung der bestehenden Regenwasserbehandlungsanlagen
im Rotenbachtal im Zuge der Äußeren Erschließung des Baugebietes „Holder
II“ - Vergabebeschluss -
Vorlage: 081/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Vergabe der Tief- und Stahlbetonarbeiten, inkl. maschineller Ausrüstung, auf Nachmaß an die Firma Hans Ebert Bauunternehmung GmbH, Lange Straße 63, 73453 Abtsgmünd-Pommertsweiler, gemäß Angebot vom 28.02.2023 in Höhe von 770.746,34 €.
2. Einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 334.498,26 € wird zugestimmt, davon für den Umbau 210.746,34 € und ca. 123.751,92 € für Ingenieurleistung, Vermessung und Geologie.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 17 1. Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis März 2023
Vorlage: 084/2023

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

zu 18 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 091/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 19 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass der Gemeinderat dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit dem Fischereiverein Rechberg e.V. mit dem Sitz in 73529 Schwäbisch Gmünd-Rechberg, In der Breite 15, zugestimmt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 20 Bekanntgaben

zu 20.1 Eröffnung Ortsdurchfahrt Hussenhofen

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Ortsdurchfahrt Hussenhofen am 17.05.2023 eröffnet werde, eine Einladung an die Fraktionsvorsitzenden sowie die Ortschaftsräte werde folgen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 20.2 Wiedereröffnung Schießtalsee

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass der Schießtalsee am 13.05.2023 eröffnet werde.

zu 21 **Anfragen**

zu 21.1 **ADFC-Umfrage**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man sich in jeder Sitzung mit den Radwegen beschäftigt. Er sei über die ADFC-Umfrage daher sehr überrascht. Ob diese repräsentativ sei, wisse er nicht. Man gebe so viel Geld aus, habe Arbeitskreise und runde Tische und binde die Bürger mit ein. Und trotzdem erhalte man so viele negative Meinungen und Stimmungen. Er erkundigt sich, was man tun könne, um positiv dargestellt zu werden. Man habe sich verbessert.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man durch die Gründung des Amtes für Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Bürgerbeteiligung einen deutlichen Schub in das Thema gebracht habe. Dies sei leider nicht bei allen angekommen.

Frau Zanek führt aus, dass die Verbesserungen zum Teil noch nicht in die Studie eingearbeitet seien. Wenn man die Studie betrachte, so weichen die Städte teilweise nicht arg voneinander ab. Man müsse auch die Topografie der Stadt berücksichtigen. In jedem Fall habe man sich bei der Kommunikation verbessert.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass die ADFC-Umfrage nicht repräsentativ sei, es sei eine offene Umfrage unter den Nutzern, keine Bewertung einer Institution.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bestätigt dies ebenfalls, die Ergebnisse seien daher sehr differenziert. In manchen Punkten sei Schwäbisch Gmünd schlechter, in manchen besser. Ein Punkt sei beispielsweise, dass die Umleitung von Baustellen regelmäßig schlecht beurteilt werde. Dies sei aus seiner Sicht einfach zu realisieren.

Herr Musch antwortet, dass aus seiner Sicht ein direkter Dialog zielführender sei. Dann könne man auch kurzfristig Verbesserungen vornehmen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass auf ihrem Weg zur Arbeit kaum Fahrradfahrer den Radweg nutzen würden, sondern den Gehweg. Man solle dies besser kommunizieren. Auf der Brücke über die B298 würden die Fahrradfahrer auch auf der falschen Seite fahren.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30, 66

nachrichtlich an Amt:

zu 21.2 Grüne Urbanität

Protokoll:

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Leitlinien der grünen Urbanität vorgestellt worden seien. Es seien inzwischen drei Monate vergangen, sie erkundigt sich daher nach einem Zwischenstand.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Garten- und Friedhofsamt mit Hochdruck an den Planungen dran sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 21.3 Schmiedgassen

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich nach der Beantwortung der sieben Fragen, die er an die Verwaltung gerichtet habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Fragen nicht ignoriert habe, man habe über das Thema im KUEBA vergangene Woche gesprochen. Außerdem sei man mit den Bürgern in den Dialog gegangen und auch mit dem HGV. Das, was sich bewährt habe, werde weitergeführt. Die Händler hätten sich mehr Kurzzeitparkplätze gewünscht, da ansonsten die Existenzen bedroht seien. Sicherlich könne man es auch anders sehen, aber die Frage sei, wie es Ende dieses Jahres oder nächstes Jahr aussehe. Zum ÖPNV habe man zwischenzeitlich einen Brief des Landrats erhalten, dieser werde an die Fraktionen versendet.

Herr Schoell berichtet als Vertreter der Händler, dass es nicht nur um das Überleben der Schmiedgassen, sondern der Stadthändler insgesamt und damit auch der ganzen Stadt gehe. Wie viel Umsatzrückgang man habe, sei aufgrund der Inflation sehr schwer zu sagen, da diese auch eine wichtige Rolle spielen. Viele Händler müssten sich mit einer möglichen Schließung auseinandersetzen. Das Experiment mit den Schmiedgassen habe nicht funktioniert, die Terrassen seien nicht frequentiert, weil sie im Schatten seien.

Stadtrat Barth/CDU äußert sich in der Funktion als Vertreter von Pro Gmünd. Er stimmt den Ausführungen von Herrn Schoell zu. In den Schmiedgassen habe beispielsweise dem Café Mikro die Frequenz gefehlt. Wenn man die Schmiedgassen wiederbeleben wolle, gehe es nicht um die Busse, sondern um die Attraktivität, die geboten werde. Hier müsse man städtebaulich schauen. In der Ecke, in der eine Wohnbebauung vorgesehen sei, beispielsweise beim ehemaligen Kronprinzen, könne man einen verkehrsberuhigten Bereich einrichten. Auf der anderen Seite könne dann

mehr los sei. Das Hauptproblem seien die Busse. Solange man hier kein großes Konzept habe, könne man in der Innenstadt keinen großen Wurf machen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es immer heiße, dass die Stadt machen solle. Aus der Stadtentwicklung und der Landesgartenschau wisse man jedoch, dass Stadtplanung so nicht funktioniere. Es müsse ein emotionales Ereignis werden. Dies zeige das Hardt, wo sich Bürger zu einem Verein oder einer Gruppe zusammengeschlossen hätten. So sei man vorangekommen. Es brauche einen solchen Motor. Es brauche die Eigeninitiative, dies würden auch die Teilorte zeigen. Auch in Zimmern gehe es voran.

Herr Schoell äußert, dass man das Hardt oder die Stadtteile nicht mit der Kernstadt vergleichen dürfe.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass man einen konstruktiven Ansatz benötige. Man erwarte eine große Offenheit gegenüber den Händlern. Man wolle daher einen eigenen Tagesordnungspunkt für dieses Thema. Man solle auch eine sofortige Entlastung prüfen, man müsse versuchen, alles unter einen Hut zu bekommen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Schmiedgassen als Einstieg in die Weiterentwicklung der Altstadt dienen sollten, hierzu sei auch ein Mehrstufenkonzept vorgelegt worden. Seit dem Acocella-Gutachten wolle man die Schmiedgassen in Richtung Wohnen entwickeln. Es sei wichtig, dass man die Händler höre, aber ebenso wichtig wäre eine Anhörung der Bewohner gewesen, da diese eine andere Sicht hätten. Er erkundigt sich daher, wann das Thema im KUEBA behandelt werde. Dies müsse dringend erfolgen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man im Sommer kommen wolle, weil man es in einen größeren Kontext stellen wolle. Man werde es nur über eine Städtebauförderung hinbekommen.

Stadtrat Preiß/CDU versteht die Aufregung nicht. Man habe eine Testphase gehabt und diese sei nun vorbei. Man müsse in Ruhe erörtern, was gut gewesen sei und was nicht.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass er bereits im KUEBA dazu Stellung genommen habe. Er findet es schade, dass er es aus der Zeitung erfahren habe. Der Inhalt sei aber richtig und das sei das Entscheidende. Es sei klar, dass es ein Pop-Up-Konzept gewesen sei. Städtebauentwicklung gehe nicht am Reißbrett, man müsse Dinge ausprobieren. Es spreche nichts dagegen, dass man das, was nicht funktioniert habe, abstelle. Man müsse die Altstadt separat betrachten. Es wäre fatal zu sagen, dass man die Schmiedgasse so lasse. Es sei richtig, Dinge nun zu verändern. Aber auch dies sei nicht in Stein gemeißelt und würde sich erneut verändern. Durch das Projekt „Wohnen an der Stadtmauer“ werde es auch einen Impuls geben.

Stadträtin Heusel/SPD findet es wichtig, dass man es aufarbeite. Die Busse seien ein großes Thema. Auch das Konzept zum Modepark Röther fehle. Man müsse sich die Mühe machen und das Konzept „Lebenswerte Altstadt“ umfassend dazu erarbeiten. Dies sei nicht durch ein Amt alleine zu bewältigen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man sich mit dem Antrag auseinandersetze, dazu würden jedoch auch andere Dinge gehören.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man nicht zu formalistisch vorgehen solle. Man habe ein agiles Projekt, es gelte das Prinzip Versuch/Irrtum. Man müsse immer am Ziel orientiert arbeiten, die Aufenthaltsqualität in der Altstadt zu erhöhen. Man müsse vorangehen und immer wieder nachjustieren.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass es ein lohnenswerter Ansatz gewesen sei. Es sei eine Testphase gewesen, diese müsse man auch auswerten. Es gebe noch viele Probleme, die bereits vor der Pandemie da gewesen seien. Die Busse und die Erreichbarkeit würden auch zur Aufenthaltsqualität gehören. Man müsse prüfen, wie viele Busse nur durchfahren und nicht halten würden. Man müsse an Lösungen arbeiten und dranbleiben. Sie erkundigt sich um eine Konkretisierung der Zeitschiene sowie der Fördervoraussetzungen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Thema übergeordnet behandeln müsse. Am Ende werde es jedoch konkret.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 21.4 Einleitung des Lützelbaches in den Mühlbach

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Planungen zur Einleitung des Lützelbaches in den Mühlbach.

Herr Musch antwortet, dass es ein komplexer Bereich sei. Das Wasser in der Rems sei im Hochsommer stark belastet durch die Abwässer aus der Kläranlage, daher gehe eine Biotop-Einleitung nicht. Auch der Lützelbach sei die Ableitung vom Gügling, daher gehe dies auch nicht. Man habe es ständig unter Kontrolle. Es sei ein Feuchtbiotop.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Naturschutz dagegen sei.

Ortsvorsteher Heissenberger erläutert, dass man 2013 das Wehr abgerissen habe. 2018 habe es eine Initiative gegeben, den Lützelbach in den Mühlbach einzuleiten. Man habe die Haushaltsmittel zugunsten der Mozartschule verwendet und die Maßnahme ausgesetzt. Daher solle man es umsetzen, sobald man hierfür eine Chance sehe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 21.5 Beleuchtung Tennisplatz Bettringen

Protokoll:

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass die Lampen zwischen den Tennisplätzen und dem Parkplatz bei der Tennisabteilung des SG Bettringen im Winter nicht funktioniert hätten. Man solle dies im Hinblick auf den nächsten Winter prüfen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies eventuell auch eine Sparmaßnahme gewesen sei. Er werde sich erkundigen

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: